## "Ein Land zu regieren ist ein Teil der Religion."

"Interview mit dem Pressesprecher der islamischen Partei, PAS, Subky Latif

Frage: Die PAS hat zusammen mit ihrem Koalitionspartner Semangat 46 im malaysischen Bundesland Kelantan im vergangenen Oktober die Wahlen gewonnen. Ihre politischen Gegner behaupten nun, die PAS wolle Kelantan islamisieren. Wie sieht die neue politische Marschrichtung in Kelantan tatsächlich aus?

Subky Latif: Ein Land zu regieren, ist ein Teil der Religion. Politik ist ein Teil der Religion. Wenn man im Islam die Politik von der Religion trennen will, dann ist die Religion nicht mehr vollständig. Islam umfasst unser ganzes Leben, die Erziehung, die Wirtschaft, Politik, Sozialverhalten, alles, selbst wenn ich auf die Toilette gehe – dann gibt es den richtigen Weg, die richtige Verhaltensweise in dieser Situation, die mir der Islam vorgibt. Es muß Regeln geben für alle Dinge.

Soll in Kelantan das islamische Recht, die Scharia, eingeführt werden?

Ja, zum Teil. Denn ein Land muß ein verbindliches Recht für alle Menschen haben. Wenn es für verschiedene Gruppen unterschiedliche Rechtsprechung gibt, so gibt es keine Gleichheit und keine Gemeinsamkeit. Bevor wir das neue Recht einführen, müssen wir es natürlich allen erklären. Dies Recht, die Scharia, soll das Leben der Menschen nicht schwerer sondern sicherer machen – und es soll sicher sein für alle Menschen, für Muslime und Nichtmuslime

Wir werden die Gesetze ändern, denn Sie müssen bedenken: Wenn man Muslim wird, so muß man den Islam zu 100 Prozent annehmen. Nimmt man ihn zu 99,9 Prozent an, dann lehnt man 0,01 Prozent ab – dann lehnt man den Islam als Ganzes ab. Der Glaube beansprucht jedoch 100 Prozent.

Welche neuen Gesetze und Verordnungen hat die PAS in Kelantan bereits eingeführt?

Wir sind jetzt dabei, das Glücksspiel in Kelantan zu verbieten, Alkohol ist ist bereits verboten. Wir werden islamische Lebensweisen einführen, die die Beziehungen zwischen den Menschen betreffen, ihre Haltung hin zu islamischem Verhalten entwickeln, Respekt entwickeln und dergleichen. Wenn zum Beispiel Touristen kommen, dann haben wir ihnen ein bischen islamisches Selbstverständnis und Verhalten nahezubringen, so daß sie die Menschen, die Muslime verstehen und sich ihnen gegenüber freundlich verhalten können.



Pressesprecher Subky Latif

Foto: J. Klindworth

Die Zentralregierung in der Hauptstadt Kuala Lumpur versucht die Landesregierung in Kelantan zu behindern. Fürchten Sie um die Zukunft des Regierungsbündnisses in Kelantan?

Wenn der Premierminister Mahatir Mohamad an die Demokratie glaubt, dann haben wir keine Angst. Aber das Problem ist, daß er zwar sagt, er sei ein demokratischer Mensch, daß seine Praxis jedoch nicht demokratisch ist. Das macht uns Sorgen. Es könnte sein, daß er sich verhält wie Präsident Bush, der gegen den Irak ein Embargo verhängte. Vielleicht versucht Dr. Mahatir ein wirtschaftliches Embargo gegen Kelantan zu verhängen. Aber die Bauern in Kelantan haben davor keine Angst. Die erste Aktion, die die Zentralregierung beispielsweise nach dem Sieg der Parteien PAS und Semangat 46 in Kelantan traf, war die Verhängung eines totalen Lieferstops für Düngemittel. Bisher bekamen die Bauern kostenlose Düngemittel von der Zentralregierung. Da sie auf diese Hilfe angewiesen sind, ist jetzt die Landesregierung von Kelantan dabei, Mittel für den Einkauf von Dünger den Bauern unseres Landes zur Verfügung zu stellen.

Erhalten Sie ausländische Hilfe?

Wenn wir ausländische Hilfe in Anspruch nehmen wollen, müssen wir die Genehmigung der Zentralregierung dafür haben. Wir können das nicht in eigener Regie machen. Es gibt aber großes Interesse ausländischer Investoren, sich

in Kelantan anzusiedeln. Viele Geschäftsleute aus Taiwan, Thailand oder Japan wollen bei uns investieren. Zur Zeit versuchen wir, den landwirtschaftlichen Bereich auszubauen, Reis, Palmöl, Kautschuk und Tabak beispielsweise. Mit Produkten für den westlichen Markt, wie Äpfel, Weintrauben und dergleichen, haben unsere Farmer noch keine Erfahrungen, außerdem ist dafür viel Kapital nötig. Aber vielleicht gibt es ja Agrarunternehmer aus Deutschland beispielsweise, die an Joint Ventures interessiert wären? Wir wollen keine Hilfe - wir wollen gleichberechtigte Geschäftsbeziehungen zum Ausland. Trade instead of aid.!

Gibt es da schon konkrete Entwicklun-

Das ist ja das Problem: Die Geschäftsbeziehungen müssen im wesentlichen über die Zentralregierung hergestellt werden. Da die Zentralregierung jedoch gegen die jetzige Regierung in Kelantan arbeitet, können wir auf diesem Wege nicht viel erreichen. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob die malaysische Botschaft in Deutschland überhaupt für uns arbeitet. Unsere einzige Chance ist, daß interessierte Investoren direkt zu uns kommen – wir selbst haben leider nur sehr beschränkte Möglichkeiten von hier aus Kontakte aufzunehmen. Die Zentralregierung behandelt uns völlig undemokratisch, als seien wir keine Malayen.

39

Was können Sie dagegen tun?

Wir werden uns im Rahmen der Verfassung dagegen wehren. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Wenn wir die islamische Ordnung einführen wollen, so haben wir dies auf demokratischem Wege zu tun.

Wird die PAS die bestehenden Abmachungen, die die frühere UMNO-Regierung in Kelantan getroffen hat, respektionen?

Wir respektieren alle Vereinbarungen. Wir haben zwar unsere eigenen Vorstellungen, die wir jedoch nicht mit Gewalt durchsetzen werden. Wir wollen uns mit unseren Partnern zusammensetzen und diskutieren. Wir nehmen uns die Zeit dazu, um neue Vorstellungen reifen zu lassen. In der Zwischenzeit müssen die Geschäfte natürlich weitergehen, das heißt, bestehende Vereinbarungen gelten nach wie vor.

während des Golfkrieges auch in Malaysia gegeben. Wie steht die PAS dazu? Es ist falsch, wenn Menschen aus dem Westen kommen und sagen: "Ihr seid für Saddam." Die Muslime unterstützen nicht Saddam Hussein – sie wollen nicht Opfer des neuen amerikanischen Imperialismus werden. Das unschuldige irakische Volk muß geschützt wer-

den. Wir setzen uns für eine sichere Zu-

kunft der Menschen im Irak ein.

Es hat proirakische Kundgebungen

Es geht doch darum, daß die Amerikaner durch die Wirtschaftsmacht der Deutschen und der Japaner beunruhigt sind. Mit der Wiedervereinigung ist Deutschland eine stärkere Nation geworden. Amerika will verhindern, daß Japaner und Deutsche das Öl kontrollieren können. Ich weiß, daß Herr Kohl und Mr. Kaifu objektiv die Opfer von Bush's neuem Imperialismus sind.

Aber die ersten Opfer sind dennoch

die Muslime. Bush hat Deutsche und Japaner dazu gebracht, gegen die Muslime zu kämpfen. Mit dem Geld, das die deutsche und die japanische Regierung für den Krieg gegeben haben, wurden die Muslime im Irak getötet.

Wir sind gegen den Krieg, wir sind nicht für Saddam, wir sind nicht für die Herrscher von Kuwait oder Saudi-Arabien. Die Menschen in der Region und in der ganzen Welt sollen die Wohltaten des ökonomischen Schatzes, den Gott zum Beispiel in Form von Öl gegeben hat, genießen. Dieser Schatz soll dem Wohle aller dienen und nicht nur der Bereicherung weniger, wie zum Beispiel Präsident Bush oder der Herrscher von Saudi-Arabien und ihrer Familien. Auch die Armen in Deutschland müssen in den Genuß der himmlischen Gaben kommen.

Die PAS hat Freiwillige für den Golfkrieg registriert. War das ein Aufruf zum "heiligen Krieg"?

Es haben sich 20.000 Freiwillige gemeldet. Sie sind jedoch nicht zum Einsatz gekommen, weil dies kein Bodenkrieg war. Wären wir mit unseren schwachen Waffen losgezogen, so hätten uns die Amerikaner auf den Mond geschossen. Und als dann der Bodenkrieg losging, war auch schon alles vorbei. Es war kein Aufruf der PAS zum heiligen "Krieg". Den Muslimen ist im Falle eines Angriffs die Selbstverteidigung erlaubt. Es ist unser Recht, den Opfern zu helfen – das ist "heiliger Krieg".

In welcher Form haben die malayischen Muslime den Opfern denn geholfen? Wir haben 2 Tonnen Medizin im Wert

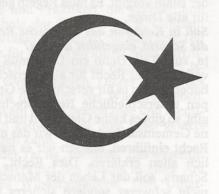
Wir haben 2 Tonnen Medizin im Wert von 50.000 US-Dollar als Hilfe für die Kurden geschickt. Das ist Hilfe, das ist Dschihad, sich Bemühen im Glauben an Allah. Islam ist eine Religion der Verständigung. Der Islam hat sich überall

auf der Welt verbreitet nicht durch Waffen, sondern durch Worte. Während des Golfkrieges waren so viele Amerikaner hier in unserem Land, sie waren jederzeit sicher. Sie kamen sogar in mein Büro, an den Ort, wo wir die Freiwilligen registrierten, um ihre Fragen zu stellen. Wir sind nicht gegen das amerikanische Volk, sondern gegen den Amerikanismus

Gibt es einen christlich-muslimischen Dialog in Malaysia?

Wenn die anderen bereit sind zum Dialog werden wir uns mit ihnen zusammensetzen und wenn es sein muß, den Dialog Jahre lang führen. Der Islam kann nicht mit Gewalt verbreitet werden, sondern nur mit Worten.

Das Interview führte **Hilde Herzog** in Kuala Lumpur am 12. 4. 1991



**NACHRICHTEN** 

## **MALAYSIA**

## Kelantans Wirtschaft stagniert

Malaiische wie chinesische Geschäftsleute im nordöstlichsten Bundesstaat auf der Malaiischen Halbinsel, Kelantan, haben es seit der Übernahme der Landesregierung durch die islamische Partei PAS in Koalition mit Semangat 46 nicht leicht. Dem ohnehin wirtschaftlich schwächsten Bundesstaat werden von der Bundesregierung in Kuala Lumpur kaum mehr noch Hilfen zuteil, denn die führende Partei der Regierungskoalition, die UM-NO, hatte bei den letzten Wahlen sämtliche Sitze Kelantans im Bundesparlament und den größten Teil im Landesparlament an PAS verloren (vgl. SOAI 4/90 S.33). Subventionen und geplan-

te Finanzhilfen sind drastisch gekürzt worden, so daß geplante Investitionen von der Landesregierung ausbleiben. Sie muß äu-Berst sparsam sein, um überhaupt noch einen Landeshaushalt finanzieren zu können. Am stärksten sind das einheimische Baugewerbe mangels Aufträge, deren Zulieferer und Transportunternehmen betroffen. Früher wurden im Jahr Aufträge von einem durchschnittlichen Gesamtvolumen von M\$ 30 bis 40 Mio. durch die Landesregierung vergeben.

Die Finanzlage der islamisch ausgerichteten Landesregierung hat sich noch durch die Einbuße von zwei Einnahmequellen, den Steuern auf Alkohol und Glücksspiele, verschlechtert, nachdem sie den Verkauf von alkoholischen Getränken an Muslime sowie das Glücksspiel verbot (vgl. SOAI 1/91 S.39). Ferner wurden am 4. Nov. 1990 vorerst die Vergabe von Abholzungsgenehmigungen und Sägewerkslizenzen eingestellt, um den illegalen Holzeinschlag zu verhindern, was einen weiteren Einnahmeverlust bedeutete.

Wenn auch absehbar ist, daß auf Dauer die Bundesregierung in Kuala Lumpur nicht sämtliche Projekte und Investitionen in Kelantan wird einstellen können, so wird doch die Regierungsfähigkeit einer "islamischen" Regierung in Kelantan auf eine harte

Probe gestellt. Ihr Programm zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Kelantans ist die Anwerbung von ausländischen Investoren, vor allem aus Singapur, Taiwan und Hongkong, in Bereichen, die der Bevölkerung nicht schaden. Ein neu geschaffener Landesentwicklungsetat diesen Prozeß beschleunigen. Bereits existierende ausländische Unternehmen in Kelantan sind bisher von der offenen "Islamisierungspolitik" nicht abgeschreckt worden. Ein seit 11 Jahren ansässiger deutscher Textilhersteller, Puttmann, sieht keinen Grund deshalb seine Zelte abzubrechen. Seine Exporte haben in der letzten Zeit sogar zugenommen. vgl. MB 1.6.91, S.19f